

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 14. Mai 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/iq5>

Den Fährverkehr ausbauen

Die Weser fließt über 42 Kilometer durch Bremen, es gibt aber nur neun feste Flussquerungen für FußgängerInnen, den Rad-, Auto- und Bahnverkehr. Hinzu kommen noch vier Fährverbindungen. Mit einem heute beschlossenen Antrag, wird der Senat aufgefordert zu prüfen, wie der Fährverkehr in Bremen ausgebaut und in den Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen (VBN) integriert werden kann. Die Stadtteilbeiräte von Gröpelingen, Walle und Woltmershausen fordern schon seit langem feste Fährverbindungen, und auch der Fährverkehr von Bremen-Nord könnte bis nach Hemelingen erweitert werden – nicht nur bei Heimspielen des SV Werder.



Der für Stadtentwicklung zuständige Abgeordnete Carsten Werner, warf einen Blick zurück in das Jahr 1987, als die Grünen im Bürgerschaftswahlkampf mit der burschikosen Forderung „Mit dem Gesicht statt mit dem Arsch zur Weser“ auftraten. Damals waren viele Teile der Weserufer nicht für die Bevölkerung zugänglich oder unattraktiv, eine Flaniermeile an der Schlachte war noch Zukunftsmusik. Heute lebt und funktioniert das alte grüne Projekt „Stadt am Fluss“ und ist eine erfolgreiche Geschichte der Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten. Die alte Idee vom Schiffspendelverkehr und zusätzlichen Fähren, die die Stadtteile links und rechts der Weser miteinander verbinden, soll vorangebracht werden. Ein in diesem Jahr startendes Modellprojekt mit regelmäßigem Fährverkehr an Sonn- und Feiertagen soll politisch begleitet werden, um zu sehen, was die Fähren über die Weser und entlang der Weser neben der Freizeit und der nachbarschaftlichen Verbindung von Stadtteilen vielleicht auch für den ÖPNV, für die Entwicklung der Wohnanlagen und Arbeitsstätten in der Überseestadt, in Gröpelingen und in Woltmershausen bedeuten können.

Grünpflege in Bremen – eine Mammutaufgabe

Im Vergleich mit anderen Städten ist Bremen eine grüne Stadt mit vielen Parks, Grünflächen, Kleingärten, Friedhöfen und hohem Baumbestand. Dies ist nicht nur für das Stadtklima von großer Bedeutung, sondern auch für die Aufenthaltsqualität, Naherholung und Freizeit. Für viele Tiere und Pflanzen bietet Bremen damit großen Lebensraum. Die Pflege der Grünflächen bedeutete einen hohen Aufwand, hauptverantwortlich dafür ist der Bremer Eigenbetrieb "Umweltbetrieb Bremen" (UBB).



Ein Koalitionsantrag, den Maike Schaefer, umweltpolitische Sprecherin und Mitglied des Betriebsausschusses von UBB, vertritt, sieht die Notwendigkeit einer Umstrukturierung des Betriebs und gibt dem Senat einige dabei zu beachtende

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Im Bremer Hafen lagern in einer Halle 25.000 Tonnen Futtermais, der mit hochgiftigen Schimmelpilzsporen ver-seucht ist. Noch ist nicht klar, was mit dem Mais geschehen soll, verantwortlich ist der Besitzer. Ein weiterer Teil lagert in Brake, und die Idee des Besitzers, den Mais in Biogasanlagen zu nutzen, wurde von Niedersachsen nicht genehmigt.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Aspekte auf den Weg. Darunter soll geprüft werden, ob eine ökologischere Bepflanzung der Grünflächen nicht letztlich auch den Pflegeaufwand effizienter machen kann, indem zum Beispiel Wiesen nicht so oft gemäht werden müssen.

Maike Schaefer zeigte die Dimension der Arbeit auf, denn es ist zum Teil eine Mammutaufgabe, weil dies zum Beispiel die Baumpflege und damit auch Wahrung der Verkehrssicherheitspflicht von knapp 400.000 Parkbäumen und 67.000 Straßenbäumen bedeutet. Insgesamt sind 20 Millionen Quadratmeter Grün unter der Obhut des Bremer Umweltbetriebs. Deshalb drückt Schaefer auch ihre Wertschätzung und Anerkennung den MitarbeiterInnen des UBB für ihre täglichen Arbeiten aus.

Die Umweltpolitikerin Schaefer betonte aber, dass der UBB dringend reformbedürftig sei: aus Sicht der Effizienz hinsichtlich der Optimierung von Arbeitsabläufen und Finanzierung, aus Sicht eines extrem hohen Krankenstands, aus Sicht des Betriebsklimas, aber auch im Controlling. Daher müssen Steuerungs- und Führungsstrukturen des Betriebs überprüft und optimiert werden. Für den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit muss im Rahmen der längerfristigen Planung geprüft werden, ob die Eingliederung bzw. Verlagerung weiterer Aufgaben in den UBB sinnvoll ist. Dabei soll auch eine mögliche Rekommunalisierung der Abfallentsorgung und Straßenreinigung im Jahr 2018 in Betracht gezogen werden.



**Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft**

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

**Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250**

**fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de**